

2011-01-20

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschusses für Finanzen am 23.11.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Ehm, Lothar
Kolze, Jens

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses wurde durch die Vorsitzenden, Oberbürgermeister Koschig und Herrn Böneckke eröffnet. Die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses wurde mit 9 Mitgliedern festgestellt, der Finanzausschuss war mit 8 anwesenden Mitgliedern ebenfalls beschlussfähig.

OB Koschig teilte mit, dass die Mitglieder des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum gegen 17.45 Uhr die Sitzung verlassen müssen, da eine dringende Ausschusssitzung stattfindet.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

3. Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erinnerte daran, dass man sich im Rechnungsprüfungsausschuss und im Finanzausschuss bei der Beratung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Thema Waldbad darauf verständigt habe, dass zuerst die Nutzung

des Territoriums geklärt werden muss und dann die weiteren Schritte einzuleiten sind. Wie sie erfahren habe, wurden diese Schritte nicht eingehalten und bereits Verkaufsverhandlungen mit dem jetzigen Pächter aufgenommen. Wenn dies so ist, wäre es eine Missachtung der Ausschüsse und sie bat daher um eine Information zum Sachstand.

Im Moment gibt es noch keinerlei Entscheidung, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**, wobei in verschiedene Richtungen sondiert werde. Um das Thema behandeln zu können, müsse man sich erst selbst eine Meinung bilden, was möglich ist und dazu sei man noch in Abstimmungen.

Es sei schon einmal Arbeitsrichtung und einhellige Meinung im Haupt- und Personalausschuss gewesen, dass man nach allen Seiten ausleuchtet und keine vorschnellen Entscheidungen treffen sollte, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an. Diesen Weg wolle man auch weiter beschreiten.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bestätigte, dass man sich den Standort als Schwimmstandort für die Öffentlichkeit erhalten will.

Oberbürgermeister Koschig fügte an, man wollte alle Optionen prüfen und das beste Modell vorlegen. Dazu betonte **Frau Ehlert** nochmals, eine Teilung zwischen Badefläche und Wochenendgrundstücken zu prüfen, worüber man sich auch einig war.

Konsens war, schloss **Herr Weber, CDU-Fraktion**, es muss sachgemäß geprüft werden, was ist angebracht, damit der Badebetrieb dort weiterhin aufrechterhalten bleibt und was ist für die Stadt am günstigsten.

4. Beschlussfassungen und Informationen

4.1. Haushaltssatzung 2011 Haushaltsplan 2011 Finanzplan 2011 Stellenplan 2011 Vorlage: DR/BV/475/2010/II-20

Wie bereits vereinbart, werde man sich heute ausschließlich mit dem Verwaltungshaushalt befassen und Fragen beantworten, führte **Frau Beigeordnete Nußbeck** ein. Aus den Haushaltsberatungen für 2010 gibt es einen offenen Prüfauftrag, der heute mit zu bereden ist. Er betrifft den Einzelplan 4, Jugendhilfeplan, wo die Einsparung von 100 T€ zu untersetzen sind. Ansonsten gibt es zur Konsolidierung keine offenen Prüfaufträge mehr.

Aus den Haushaltsberatungen stehen noch Fragen offen, wozu aber bis spätestens 8. Dezember die komplette Liste übergeben wird, was wie beantwortet ist und noch beantwortet wird. Es betrifft aber keine Fragen, die für die Haushaltsberatungen noch entscheidungsrelevant wären, sondern nur informativen Charakter haben.

Entscheidungsrelevant ist der genannte Prüfauftrag zum Einzelplan 4, Einsparungen im Jugendhilfebereich. Im Übrigen würden nach Aufruf der Einzelpläne die Fragen jeweils beantwortet werden.

Einzelplan 0 - beginnend auf Seite 183 bis 224

Frau Ehlert fragte nach, ob die Verwaltung das Programm „Sozialpartnerrichtlinie Weiterbilden“ vom Bund kennt. Dieses Programm ermöglicht den Kommunen eine Einsparung von 35 % der Kosten für Weiterbildung. Sie übergab der Verwaltung diesen Leitfaden mit der Bitte zu prüfen, inwieweit Dessau-Roßlau an diesem Programm teilnehmen kann.

Wie sieht der Qualifizierungsbedarf wertmäßig aus, fragte **Herr Schönemann**. **Frau Nußbeck** legte dar, im Moment wurde im Haushaltsansatz für Aus- und Weiterbildung der gleiche Ansatz wie für 2010 vorgesehen, da man mit dem Interessenbekundungsverfahren noch nicht so weit sei, dass spezielle weitere Ausbildungsmaßnahmen identifiziert wurden. Das will man im nächsten Vierteljahr erreichen. Im Moment sei man mit dem Personalrat im Gespräch zur Verfahrensweise zum Interessenbekundungsverfahren. Auf der Basis dieses Interessenbekundungsverfahrens soll der Bedarf mitarbeitergenau ermittelt werden. Natürlich habe man den Bedarf in der Haushaltsplanung, was z. B. die A1- und A2-Lehrgänge und die fachspezifische Weiterbildung in den Ämtern betrifft, erfasst. Was darüber hinausgeht, konnte noch nicht ermittelt werden, weil das Interessenbekundungsverfahren noch nicht angelaufen ist.

Angesichts der Ansprüche, die man sich gesetzt habe, merkte **Herr Schönemann** an, habe man sicherlich einen erhöhten Bedarf an Qualifikationen. Deshalb frage er, wie man sich dieser Problematik stellen will oder ob es besser wäre, eine Etatserhöhung anzustreben. Allerdings habe er im Moment keinen Deckungsvorschlag.

Innerhalb des Deckungskreises sei man in der Lage, hier zu agieren, antwortete **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Man wolle aber zunächst die konkreten Ermittlungen aus dem Interessenbekundungsverfahren abwarten. Dann könne im Verlauf des Jahres über eine überplanmäßige Ausgabe agiert werden. Für 2012 würde dann in der ermittelten Höhe der Haushaltsansatz angepasst werden. Man bewege sich im Moment im Bereich der Spekulation.

Für die qualifizierte Begleitung der Fachbereiche, so **Herr Schönemann**, er wisse zumindest aus dem Dezernat, welches er begleite, dass Bedarf da ist. Er bitte, zumindest einen Protokollvermerk zu machen, dass ein finanzieller Grundstock eingestellt werden sollte. Es werde hier und da deutlich, dass es auch schon Programme gibt, die man nutzen könnte. **Frau Nußbeck** entgegnete, dass dies auf jeden Fall das Ziel sei.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte fest, dass wiederum im Haushalt die Position Sachverständigenkosten aufgeführt ist. **Frau Nußbeck** verwies darauf, dass diese Aufteilung am 08.12. übergeben wird. Man habe heute nochmals über die Strukturierung gesprochen, dass zumindest nach Gerichtsverhandlungen und bestimmten Sonderprojekten gegliedert wird.

Zu Seite 190 - HHSt. 54100 - verwies **Frau Ehlert** darauf, dass der Bereich Bewachung angestiegen ist und fragte, worin dies begründet ist.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass hier erstmals ein entsprechender Tarifvertrag zustande gekommen ist, weshalb es s. E.

zu dieser Steigerung kommt. Er werde es selbstverständlich nochmals recherchieren. (Beantwortung siehe Anlage 3)

Weiterhin bat Frau Ehlert um Erläuterung zur **Seite 219 - Erarbeitung Zensus 2011.**

Frau Wirth erklärte, es handelt sich um eine qualifizierte Gebäude- und Wohnraumzählung per Gesetz. Herr OB Koschig informierte, es wurde eine Erhebungsstelle in der Statistikstelle unter Leitung von Herrn Blenke gebildet. Hier stehen den Ausgaben auch Einnahmen entgegen, wobei Frau Nußbeck die Hoffnung ausdrückte, dass der Ansatz ausreichend ist.

Wie die Einsparung bei der **HH-Stelle Heizung - Seite 190 -** und der Anstieg **HH-Stelle Fernmeldegebühren - Seite 191 -** zu begründen sind, fragte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen.**

Frau Wirth erläuterte, die Einsparung der Heizkosten begründe sich darin, dass an der Heizung investiv etwas gemacht wurde. Darüber hinaus erfolgt eine Energieverbrauchsüberwachung. Ergänzend merkte Herr Bekierz an, detaillierte Informationen können auch dem Energiebericht entnommen werden.

Trotzdem stehen hier ein Jahresergebnis für 2009, eine Kalkulation für 2010 und ein Ansatz für 2011, warf **Herr Weber, CDU-Fraktion,** ein. Üblich war bisher, den Ansatz immer an das Ergebnis des Vorjahres anzugleichen.

Frau Nußbeck merkte an, gleiches treffe bei den Fernmeldegebühren zu. Der Ansatz 2010 scheint tatsächlich unrealistisch, was hier jedoch nicht geklärt werden könne. In diesem Jahr wurde mit der Datel eine umfassende Vertragskontrolle durchgeführt, wo insgesamt eine Einsparung von 58 T€ zusammengekommen ist. Dies spiegelt sich auch im Haushalt wider.

(Beantwortung zu Fernmeldegebühren siehe Anlage 2 dieser Niederschrift)

Zur **Seite 200 - HHSt. 62000 Corporate Design** - stellte **Herr Weber** eine Nachfrage. Darauf entgegnete **Herr OB Koschig,** mit dem Corporate Design und zum Leitbild sei es Ziel, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf **Seite 207 - EPI. 0,** wo ersichtlich ist, dass für Ausweise und Pässe wesentlich mehr Einnahmen geplant sind, als Ausgaben und fragte nach, ob dies zulässig ist.

Frau Lindner, Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung, führte aus, dass es sich um Bundesgebühren handelt. Der neu eingeführte Personalausweis ist kostenintensiver (bezüglich der Materialkosten) und das Verhältnis sei nunmehr realistischer, ergänzte **Frau Wirth,** und wir müssen weniger abführen. Früher musste mehr an die Bundesdruckerei abgeführt werden, als Einnahmen kamen. Nach wie vor werde für Bedürftige ein Erlass gewährt. Wie lange dies gesetzlich noch möglich ist, könne nicht gesagt werden, hier werden noch Informationen vom Bund oder Land erwartet.

Einzelplan 1 - Seiten 225 bis 246 -

Frau Ehlert meinte, dass die Einnahmen für Verwarn- und Bußgelder (**Seite 226**) sehr optimistisch eingeschätzt werden. Hier ist ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen. Dar-

auf erwiderte Frau Lindner, dass dies ein Trugschluss sei. Seit Anfang d. J. habe man eine neue Software und die Verwarn- und Bußgelder werden nunmehr zusammengefasst dargestellt. In der **Position 26014** war im Jahr 2009 noch ein Betrag eingestellt. Diese Position wird noch abgearbeitet und dann stillgelegt.

Zur **Seite 227** merkte **Frau Ehlert** an, dass hier **Kosten für Bestattungen** eingestellt wurden und fragte, ob dies Bestattungen betrifft, bei denen keine Hinterbliebene aufzufinden sind. Hierzu gab es Bestätigung.

Ihre Frage zu **Seite 235 - HHSt. 65510** - Sachverständigenkosten Gewässer und Tankstellen - wurde von **Herrn Mardicke, Sgl Untere Wasser- und Naturschutzbehörde**, beantwortet. Er führte aus, hier würden Untersuchungen finanziert, die im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt werden. Der zweite Punkt betreffe eine Pflichtaufgabe im Immissionsschutzbereich, wobei in Tankstellen nach Maßgabe des Landesverwaltungsamtes gewisse Prüfungen vorgenommen werden. Zur Nachfrage von Herrn Weber, ob höhere Ausgaben zu erwarten sind, merkte Herr Mardicke an, dass nur in den Haushalt eingestellt würde, was tatsächlich benötigt wird.

Zur **HHSt. 65500 - Lärmaktionsplanung und Lärmkartierung** - beantwortete Herr Mardicke auf Nachfrage von Herrn Dr. Weber, dass dies ebenfalls eine Pflichtaufgabe sei. Die Stadt Dessau-Roßlau als Immissionsschutzbehörde muss 2012 an das Landesverwaltungsamt, in der Folge an das Land und an die EU melden, die Lärmaktionsplanung durchgeführt zu haben. Dazu müsse spätestens 2011 die Kartierung vorliegen.

Ob man auf die in der Verkehrsplanung vorgenommenen Messungen der Lärmimmissionen zurückgreifen könne und die Aufgabe immer turnusmäßig anstehe, fragte **Dr. Weber** nach. Die zweite Frage konnte **Herr Mardicke** nicht beantworten. Die erste Frage betreffend, führte er aus, natürlich arbeite man als Immissionsschutzbehörde sehr eng mit der Verkehrsplanung zusammen.

Einzelplan 2 - Schulen - Seite 247 - 298

Wohl wissend, dass **Energie** ein Sammelnachweis ist, habe sie den Eindruck, dass dies weiter ansteigt, meinte **Frau Ehlert**. Es wurden schon mehrere Maßnahmen beschlossen, die zur Energieeinsparung beitragen könnten. Warum schlägt sich dies nicht im Haushaltsplan nieder?

In seiner Beantwortung führte **Herr Bekierz** aus, wenn wir die Verbrauchsreduzierungen in unseren Gebäuden mit den heutigen Tarifen multiplizieren würden, haben wir bereits seit Beginn 2003 eine Reduzierung von 1 Mio. € pro Jahr. Da aber die Tarife ständig steigen und auch jetzt stärker steigen, könne man dies mit den Einsparungen nicht mehr ausgleichen. Künftig werde man im Heizenergiebereich eine ansteigende Tendenz haben.

Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege (ab Seite 299)

Mit dem Verweis auf mehrere Prüfaufträge im Haushaltskonsolidierungskonzept, fragte **Frau Ehlert**, ob es noch in diesem Jahr möglich wäre, dass diese finanziell zum Tragen kommen.

Was für 2011 umzusetzen geht, ist in den Haushalt eingestellt, erklärte **Herr OB Koschig**, andere Dinge sind noch in Arbeit. Den Stand der Verhandlungen mit dem Land

betreffend, merkte **Frau Beigeordnete Nußbeck** an, es wurden bereits drei Termine durchgeführt. Der Verlauf der Beratungen, an denen zuletzt nicht nur der Finanzminister, sondern auch der Innenminister teilgenommen haben, stimme sie optimistisch, zumindest habe sie den Gesprächen entnommen, dass das Land erkannt hat, dass wir mit bestimmten Aufgaben in der jetzigen Finanzausstattung überfordert sind und es keine Aufgaben sind, die leichtfertig der Konsolidierung zum Opfer fallen sollten. Man werde an der Sache dran bleiben. Ein Folgetermin ist für Januar vorgesehen und es wurden bereits Unterlagen dafür vorbereitet.

Auf die Anmerkung von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, ob vor dem März ein Schlusstermin steht, erwiderte Frau Nußbeck, es sei klar, dass das FAG im nächsten Jahr kommt und daran werde man sehen können, wie erfolgreich die Beratungen waren.

Eine Anfrage zur **Seite 308 - die Anhaltische Gemäldegalerie** betreffend - stellte **Herr Weber**. Im Zusammenhang mit der Standortfrage Bauhaus-Besucherzentrum wurde immer wieder auch der Hinweis auf das Georgium gegeben. Ihm sei nicht klar, warum von 2010 nochmals stark bei den **Publikationen - HHSt. 60000** - heruntergegangen wird. Gleiches gilt bei der HHSt. 61000. Bis zum 8. Dezember werde er hier noch einen Deckungsvorschlag unterbreiten. Es geht um die kontinuierliche Darstellung und Aufrechterhaltung dieses hohen Niveaus.

Zu den in den Jahren 2010 und 2011 eingestellten Mitteln bei Ausstellungen und Veranstaltungen von jeweils 4000,- € im Vergleich zu 2009 von 80 T€ erläuterte **Frau Wirth**, 2009 standen entsprechende Einnahmen, d. h. Fördermittel gegenüber. Diese sind 2010 und 2011 einnahmeseitig nicht da. 2011 sind auch Baumaßnahmen am Georgium vorgesehen.

Gerade in Anbetracht der Baumaßnahmen müsse es im Inneren umso attraktiver sein, damit die Menschen trotzdem kommen, entgegnete Herr Weber. Herr OB Koschig bat Herrn Weber vor dem 8. Dezember nochmals mit Herrn Vorjahns Kontakt aufzunehmen.

Betreffs der erforderlichen Auslagerung von Kunstgut während der Baumaßnahmen fragte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an, warum hier noch Mieten fällig werden und ob die Stadt nicht über genügend eigene geeignete Flächen verfügt.

Herr Dr. Michels, Direktor der Gemäldegalerie Schloss Georgium, führte aus, ein Teil des Depotbestandes müsse tatsächlich ausgelagert werden. Es ist auch Gefahr im Verzug, da statische Berechnungen erfolgten. Gedacht ist an eine Auslagerung in die Brauerei, in das Depot der Kulturstiftungen. Hier wird Miete verlangt. Ein größerer Teil der Bestände verbleibt aber im Haus.

Herr Dr. Weber sprach die außerordentlichen Unterschiede der **Personalkosten in der Heimatstube (S. 307) und in der Bücherei** an. Hierzu merkte Herr Rumpf, CDU-Fraktion, an, es handelt sich um unterschiedliche Gebäude. Der Betrieb der Heimatstube werde über ehrenamtliche Tätigkeit abgesichert. Die Personalkosten seien auch im Zusammenhang mit der Seniorenbetreuung zu sehen.

Zur **Volkshochschule** merkte **Frau Ehlert** an, es gebe Einrichtungen, die besondere Ferienprogramme anbieten. Hier stelle sie die Frage, ob dies ein Bereich wäre, der noch genutzt werden kann.

Herr Dr. Lundershausen, Leiter der Volkshochschule, führte aus, mit der Volkshochschule würden zunächst vorwiegend Erwachsene angesprochen und man würde auch so vom Land gefördert. Dennoch gab es in den Ferien schon immer Aktivitäten, wie Kompaktkurse in den Vormittagsstunden. Seit einigen Jahren gebe es auch das Mehrgenerationenhaus, wo es Beteiligungen gibt im Kinderfreizeitssommer und andere Aktivitäten, wo gezielt Kinder angesprochen werden. Natürlich könne hier in der Zukunft intensivere Arbeit angestrebt werden.

Betreffend **Seite 319 - Marienkirche** - fragte **Herr Dr. Weber**, in den kommenden Jahren würden mehr Mieteinnahmen geplant, gibt es hier eine konzeptionelle Grundlage? **Frau Wirth** entgegnete, die Entgelte für die Nutzung werden entsprechend dem Konsolidierungsbeschluss angepasst. **Herr Vorjahns, Leiter des Kulturamtes**, ergänzte, man sei dabei, eine neue Nutzungs- und Gebührenordnung zu erarbeiten und hoffe, die Vorgaben des Stadtrates erfüllen zu können. Dies sei aber eine sehr schwierige Aufgabe, da es nach wie vor einige Nutzer gibt, die gar nichts bezahlen und dies auch nicht sollen. Um neue Nutzer zu gewinnen, müsse es eine aktive Vermarktung geben, was mit dem Mitarbeiterbestand nicht einfach sei.

Seite 333: Herr Giese-Rehm sprach im Zusammenhang einer vorgesehenen Herausgabe eines Buches zur Geschichte Anhalts an, keine Kosten oder Einnahmen im Haushalt gefunden zu haben. Hier merkte **Herr Bönecke** an, an anderer Stelle im Haushalt eine entsprechende Eintragung gesehen zu haben.

An eine Verständigung zur Gleichbehandlung der Feste (**Seite 331**) in den Stadtteilen Roßlau und Dessau erinnerte **Herr Bönecke**. Der Zielführung sei es nicht zuträglich, wenn bereits im Haushaltsansatz zwei unterschiedliche Beträge stehen.

Frau Wirth verwies darauf, dass es aber keine neue Beschlusslage gibt. Nachdem Herr OB Koschig ergänzte, es werde daran gearbeitet, führte **Herr Vorjahns** aus, es laufen Gespräche in der Verwaltung und man habe bereits im Kulturausschuss darüber gesprochen. Es sollte an dieser Stelle die Aufteilung ausgeblendet werden.

Herr Weber erklärte, an dieser Stelle den Antrag zu stellen, für beide Feste einen Betrag von 17.600,- € festzulegen. Diese Empfehlung sollte von diesem Haushaltsausschuss an die anderen zu beteiligenden Ausschüsse und den Stadtrat gerichtet werden.

Als Widerrede brachte **Herr OB Koschig** vor, man sollte es dem Kulturausschuss überlassen, sich damit intensiver zu beschäftigen. Wenn schon von Gleichbehandlung gesprochen werde, müssen alle baren und unbaren Leistungen auf den Tisch und gegenübergestellt werden. Von Herrn Vorjahns wurde ein Vorschlag unterbreitet, über den noch gesprochen werden müsse. Ein heutiger Beschluss würde den Bemühungen des Kulturamtes widersprechen.

Diese Argumentation wurde von **Herrn Schönemann** unterstützt. Er gab zu bedenken, dass die reine rechnerische Größe keine Lösung für eine Gleichbehandlung bringe. Ausschlaggebend sei der Inhalt, da gleiches Geld nicht gleiches Niveau bedeutet.

Es gehe ihm um die reinen finanziellen Mittel, die aus dem städtischen Haushalt kommen sollen, erklärte **Herr Weber**. Unbenommen sei die Unterstützung des Kulturamtes und dass die Gesamtfinanzierung entsprechend ausgewogen ermöglicht werden soll.

Herr Giese-Rehm mahnte, die Angelegenheit im Auge zu behalten und im Fachausschuss zu beraten, ohne gleich einen Schnellschuss zu machen.

Das Problem gebe es seit 3 Jahren, betonte **Herr Bönecke**. Einer Seite ist es nicht gelungen, solides Zahlenmaterial zu schaffen, worauf man in der Planung aufbauen kann. Deshalb sei er der Meinung, jetzt nach außen rein finanziell eine Gleichbehandlung festzuschreiben, womit er voll dem Antrag von Herrn Weber beipflichte. Die Unterstützung bei der konzeptionellen Arbeit, bei der dringend notwendigen transparenten Finanzierungsplanung, kann zusätzlich geleistet werden.

Die Frage, ob dies eine Gleichbehandlung sei, stellte **Frau Beigeordnete Nußbeck** in den Raum. Wenn ein Fest, welches 100 T€ kostet, mit 15 T€ bezuschusst wird, bekommt es 15 %. Wenn ein Fest 30 T€ kostet und mit 15 T€ unterstützt wird, bekommt dieses 50 % Förderung. Ob dies Gleichbehandlung ist, sei die Frage, wenn der Zuschuss heute in gleicher Höhe festgesetzt wird.

Er wolle keine Teilung mehr, da wir eine Stadt seien, betonte **Herr Schönemann**. Wir sollten es uns inhaltlich auf die Fahne schreiben, welche Feste zukünftig Priorität haben. An diesem Ansatz will seine Fraktion weiterarbeiten.

Seine Bitte sei, sich mit dem Zahlenmaterial im Kulturausschuss auseinander zu setzen, erklärte **Herr OB Koschig**. Der Karnevalsanzug würde z. B. höher bezuschusst, als hier benannt, da auch andere Leistungen noch enthalten sind. Wichtig sei also, wie schon Herr Schönemann sagte, dass gesagt wird, auf welche Feste besonderer Wert gelegt wird und unterstützt werden sollen.

Herr Dr. Raschpichler unterstützte die Intention, welche Herr Schönemann dargelegt hatte. Man habe zu Beginn seines Amtsantritts begonnen, die Zuordnung von Festen hinsichtlich ihrer überregionalen und regionalen, lokalen Bedeutung festzuschreiben. Es gab eine Vorlage im Kulturausschuss. Er regte an, die Diskussion aufzugreifen und nannte drei Beispiele: Das Farbfest gehöre zum Bauhaus und man wisse, wohin das Bauhaus in der Einordnung gehört. Das Leopoldsfest ist das anhaltische Stadtfest und er unterstütze Herrn Koschig, der gesagt hatte, das Roßlauer Schifferfest als ehemaliges Stadtfest der Stadt Roßlau ist eigentlich auf dem Weg zum Vereinsfest. Deshalb meine Herr **Dr. Raschpichler**, die Gleichbehandlung drücke sich nicht in finanziellen Zuwendungen aus. Er regte dringend an, sich dieser Einordnung der Wertigkeit von Festen anzunähern, da es dann leichter fällt, in jedem Jahr die Mittel gerecht zu verteilen, ohne das Schifferfest in Roßlau in Frage zu stellen.

Herr Bönecke unterbreitete einen **Vorschlag**, womit man auch das zuständige Fachamt an seiner tatsächlichen Arbeit messen könne. Wenn tatsächlich die Zielrichtung ist, die Ausstrahlungskraft der Feste zu wichten, würde er gern beide Feste als eine Position zusammenfassen. In einem **Ergebnisbericht** mit allen Zahlen, Finanzkonzepten und der Verteilung der Zuschüsse ist **spätestens im März die tatsächliche Finanzierung der Feste** zur Beschlussfassung vorzulegen.

Als weitergehenden **Antrag** nannte **Herr Weber**, die **Erläuterungen zu 36600 71808 zu streichen** und dem Kulturamt diese Erarbeitung zu überlassen. Es gibt einen Haushaltsansatz, der Haushalt könne beschlossen werden.

Dem Antrag von **Herrn Weber** wurde **zugestimmt**. Es gab **Einverständnis**, den **Vorschlag** von **Herrn Bönecke** **protokollarisch festzuhalten** und **das Fachamt zu beauftragen**.

Einzelplan 4 - Soziale Sicherung - ab S. 337

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler führte aus, es war der Prüfauftrag, bereits 2010 eine Reduzierung in den Jugendfreizeiteinrichtungen zu erreichen. Wie bekannt, war dies nicht möglich. Nunmehr wurde in intensiven Beratungen auch mit den Trägern der Einrichtungen und dem Jugendhilfeausschuss festgestellt, dass die Chance besteht, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 7. Dezember einen Vorschlag zu unterbreiten. Insofern ist die Verschiebung der Stadtratssitzung auf den 15. Dezember sinnvoll. Vorbehaltlich des Beschlusses des Ausschusses gehe man davon aus, diesen Konsolidierungsbeitrag im Jahr 2011 leisten zu können, ohne in Qualität und Quantität mit Einschränkungen in die Träger hineingehen zu müssen. Es zeichnet sich dort eine große Bereitschaft zur Mithilfe ab. **Dr. Raschpichler** schlug deshalb vor, die Beratung am 7. Dezember abzuwarten und das Ergebnis am 8. Dezember zur Kenntnis zu nehmen. Es sei dann denkbar, diese Position für den 15. Dezember in den Haushaltsplan einzuarbeiten.

In dem Zusammenhang bat Herr **Dr. Raschpichler**, auch in der Verwaltungsspitze zu überlegen, den Haushaltsansatz Telefonseelsorge (**Seite 407 - HHSt. 71806**) zu korrigieren auf den Ansatz des Jahres 2010. Es gibt erhebliche Schwierigkeiten, gerade in diesem Bereich eine vertragliche Ausgestaltung vorzunehmen. Er würde auch einen Deckungsvorschlag unterbreiten (aus dem Bereich KdU).

Durch den **Oberbürgermeister Koschig** wurde hier darauf verwiesen, dass die KdU bereits zur Deckung herangezogen wurden und **Frau Beigeordnete Nußbeck** merkte an, dass die Änderungslisten in Arbeit sind und zum 8.12. herausgegeben werden. Betreffs der Telefonseelsorge würde innerhalb der Verwaltung eine Änderung geprüft.

Frau Ehlert merkte kritisch an, in der **HHSt. 46100 - Wohnheim für Auszubildende** - S. 395 - keine positiven Veränderungen aus dem Haushaltsplan entnehmen zu können. Mehrfach habe man sich mit der Auslastung beschäftigt und das Ergebnis kann uns nicht zufrieden stellen.

Mit dem Hinweis, dass dies kein Prüfauftrag war, gab **Herr Dr. Raschpichler** zu bedenken, dass dies Standortfaktoren für die berufliche Ausbildung in der Stadt seien. Es stelle eine Gratwanderung dar, da man auch um jeden Schüler aus dem Umland ringe. Die oberzentrale Funktion unserer Stadt müsste noch viel mehr in Form von Wohnheimen, Internaten, Gymnasien und anderen Schulen unterlegt werden. An den gewährten Zuschuss habe man sich in den letzten Jahren nicht heranwagen wollen, da man der Überzeugung ist, es würde unserem Ausbildungsstandort vielleicht nicht gut tun. Auf den Einwand von Frau Ehlert, man sollte dennoch an der Auslastung arbeiten, merkte Herr Dr. Raschpichler an, dass dies sehr schwierig sei.

Die Frage, ob es nicht Standorte gibt, wo dieses Wohnheim kostengünstiger betrieben werden könnte, stellte **Herr Weber**. Hier verwies der **Oberbürgermeister** auf das bestehende Wohnheim und die Schwierigkeiten, die Bedingungen dafür z. B. in einem Wohnhaus herzustellen. Es würde auch wieder Investitionen erfordern, ergänzte Herr **Dr. Raschpichler**.

Er habe sich seinerzeit auch gegen den Standort ausgesprochen, merkte **Herr Giese-Rehm** an. Letztendlich müsse man sich entscheiden, ob es sinnvoll ist, diese Aufgabe selbst zu erfüllen oder einem privaten Träger oder Vermietungsgewerbe zu übertragen. Das wäre eine Aufgabe für die Zukunft.

Der Debatte könne er dem Grunde nach zustimmen, merkte **Herr Dr. Raschpichler** an. Dennoch habe er noch nie in diesem Bereich gehört, dass ein Wohnheim kostendeckend betrieben werden konnte. Es sollte im Bildungsausschuss über dieses Thema „Stärkung des Schulstandortes“ auch im Hinblick auf Unterbringungsmöglichkeiten gesprochen werden.

Zur **Seite 409** stellte **Frau Ehlert** eine allgemeine Nachfrage. Man beschäftige sich zurzeit mit Überlegungen, wie weiter mit der Arge oder Option. Sie fragte, wie weit die Arge gerüstet ist, um die neuen Bescheide zum 1.1.2011 aufgrund der Erhöhung um 5,- € erlassen zu können.

Man habe das Thema seit Bekanntwerden der vorgesehenen Gesetzesänderung auf der Tagesordnung der Lenkungsgruppe, entgegnete **Herr Dr. Raschpichler**. Es sei ein Problem und es kommen auch auf das Jobcenter weitere Aufgaben zu, die sozialen Teilhabepakete, wie das Schulessen oder Vereinsbesuche. Am kommenden Donnerstag werde man sich in der Lenkungsgruppe auch über die Personalsituation unterhalten, wie man in einen reibungslosen Übergang in das Jahr 2011 kommt.

Herr Bönecke verwies auf die erstmalig aufgenommene **Schuldnerberatung (HHSt. 69315)** und fragte, ob es sich um eine Verlagerung oder Neuaufnahme handelt und wenn es eine Neuschaffung ist, wurde dafür der Zuschuss an die freien Träger gestrichen?

Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe, die auch wegen der Drogen- und Suchtberatung nicht dem Jobcenter übertragen wurde, merkte **Herr Dr. Raschpichler** an. Man müsse auch trennen: Neben der Insolvenzberatung im Zuge einer Pflichtleistung, im Zuge einer Eingliederungsvereinbarung bei SGB II-Hilfeempfängern, gibt es die frei zugängliche Schuldnerberatung für jeden Bürger dieser Stadt, der in eine solche Notlage gerät. Hier wurde niemandem etwas weggenommen.

Sein Kritikpunkt war immer, fügte **Herr Bönecke** an, dass gesagt wurde, obwohl wir eine eigene Schuldnerberatung in der Stadt vorhalten - SGB XII - bringen wir trotzdem erhebliche Beträge an die Schuldnerberatung in freier Trägerschaft, obwohl diese über das Land tatsächlich größere Fallpauschalen erhalten, als seine rechtsberatenden Berufskollegen. Deshalb sei er der Meinung, was für eine Anwaltskanzlei ausreichen muss, muss auch für einen freien Träger ausreichend sein. Deshalb seine Forderung und Frage, wird der Zuschuss an die freien Träger an dieser Stelle gestrichen und auf das verwiesen, was sie tatsächlich vom Land bekommen.

Zu dieser konkretisierten Frage sagte **Herr Dr. Raschpichler** eine spätere Beantwortung zu.

Frau Wirth erläuterte, die Schuldnerberatung sei hier auf keinen Fall ein Aufwuchs, sondern wir hatten es als eine Direktfinanzierung eines Trägers drin und weisen es jetzt als Sozialleistung, als Pflichtleistung nach dem SGB oder der Gruppierung aus. Eine Aufschlüsselung wurde durch **Frau Beigeordnete Nußbeck** zum 8.12.2010 zugesagt.

Die Leitung der Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Bönecke, übernommen, da die Mitglieder des Krankenhausausschusses (Herr Koschig, Herr Dr. Neubert, Herr Giese-Rehm) die Sitzung verließen. Somit waren der Finanzausschuss und der Haupt- und Personalausschuss jeweils mit 7 Mitgliedern vertreten.

Noch zur Seite 409, HHSt. 69311 und 69312 erinnerte **Herr Bönecke** an seine Befürchtungen zu erheblichen Aufwüchsen. Genau dies sei hier eingetreten, da wir allein bei der Erstausrüstung Wohnung gegenüber dem Haushaltsansatz 2010 jetzt eine Erhöhung um mehr als 100 T€ haben.

An dieser Stelle berichtete **Herr Weber**, seit 6. Oktober d. J. Betreuer eines 42-jährigen Mannes zu sein, der von Sozialhilfe lebt. Mit monatlich 641 Euro sei es für diesen äußerst knapp, überhaupt durchzukommen. Er habe 50 Euro in der Woche für Kleidung und Essen. Daher sei es nicht zu viel, was hier beschlossen wurde. Der Aufwuchs habe aber damit zu tun, dass wir einfach zu viele haben, die SGB II brauchen.

Dazu gab **Herr Bönecke** zu bedenken, dass es genug Familien in der Stadt gibt, wo beide Elternteile Erwerbstätigkeiten ausüben, die nicht in die minimale Zusatzdifferenz fallen und keine Aufstocker sind und unterm Strich diese Leistungen nicht in Anspruch nehmen können. Er hätte Probleme, wenn er ihnen gegenüber diese Aufwüchse erklären müsste.

Herr Dr. Raschpichler merkte an, dies seien die bekannten Fehlsteuerungsanreize im SGB II. Hier rede man über auskömmlichen Mindestlohn, dies könne man über den Haushaltsplan nicht korrigieren.

Herr Schönemann erklärte, die Aufstockung nicht als Fehlentwicklung anzusehen. Man habe bedacht, dass es eine Einzelfallentscheidung ist und zu kontrollieren ist. Deshalb wurde es maßvoll erhöht.

Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung - ab S. 415

Bezüglich der **Seite 446** kritisierte **Herr Dr. Weber**, dass abermals die **Südschwimmhalle** mit Machbarkeitsstudien für einen Neubau enthalten ist. **Frau Beigeordnete Nußbeck** betonte, es gibt im Haushaltskonsolidierungskonzept einen Beschluss, dass die Südschwimmhalle erhalten bleibt und das Gesundheitsbad mittelfristig aufgegeben oder veräußert werden soll. Dafür habe es inhaltliche Gründe gegeben, wie die Absicherung des Schulschwimmens. Diese Machbarkeitsstudie heiße nicht Neubau, sondern Prüfung, ob Sanierung preiswerter als ein Neubau ist. Wenn ja, welche Fördermittel gäbe es, wäre die Standortfrage zu überprüfen und gibt es dann die Möglichkeit der

technisch-wirtschaftlichen Verflechtung mit den Stadtwerken. Der Beschluss sei im Haushalts- und Finanzausschuss gefasst worden.

Herr Dr. Weber argumentierte weiter für eine Schließung der Südschwimmhalle und verwies auf die Möglichkeit der Nutzung z. B. des Waldbades.

Zum Sachverhalt mahnte **Herr Schönemann** an, das UBA habe seine Standortentscheidung maßgeblich aufgrund der oberzentralen Funktion von Dessau im Wettbewerb mit Wittenberg getroffen. Eine solche Schwimmhalle ist real und wir haben einen Missstand an der Stelle, mit dem wir umgehen müssen. Aber keine Antwort zu finden und nicht nach vorn zu denken, selbst in schwierigsten Zeiten, ist keine Politik. Unser Anspruch ist, dem Schulschwimmen, dem Vereinssport eine Alternative zu geben. Das muss abgeprüft werden. Am Ende steht die oberzentrale Ausstattung. Im Abgleich mit anderen Städten ist ausschlaggebend, welcher Standard geboten wird.

Herr Dr. Weber fragte abschließend, bis wann die Prüfung abgeschlossen sein soll. Darauf erwiderte **Frau Nußbeck**, die Machbarkeitsstudie sei noch gar nicht in Auftrag gegeben. Im Moment soll zunächst die Aufgabenstellung abgestimmt werden. Wir reden über den Haushalt 2011 und die Freigabe von Mitteln kann erst nach Haushaltsgenehmigung erfolgen.

Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr - ab Seite 453

In diesen Bereich gehöre der Aufbau des Zentralen Gebäudemanagements, bemerkte **Frau Ehlert** vorab und fragte, wie der zeitliche Ablauf geplant ist. In seiner Beantwortung führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus, dass eine Stelle das zweite Mal ausgeschrieben und eine Arbeitsgruppe gebildet wurde. Im Ergebnis der zweiten Ausschreibung wird die Stelle zum 1.1.2011 besetzt.

Zur Seite 459 stellte **Frau Ehlert** einen Aufwuchs bei **B-Plänen Gewerbegebiet** fest. Sie könne das nur mit Zuweisungen vom Land in Verbindung bringen, da Ausführungen dazu nicht gemacht wurden. **Frau Jahn**, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, -planung und Denkmalpflege, erläuterte, es handelt sich um ganz unterschiedliche Bauungspläne, die jährlich angegangen werden müssen, um eine städtebauliche Ordnung herbeizuführen. Aus diesem Grunde gibt es von Jahr zu Jahr Veränderungen. Für das kommende Jahr werden Planungen im B-Plan Junkalor vorgenommen, wir wollen im Gewerbegebiet am Gasgerätewerk arbeiten, haben aber auch den Hafen in Roßlau in der Planung.

Nachfragend bat **Herr Weber** um Angaben, ob es schon Interessenten für die Gewerbegebiete gibt. Darauf erwiderte **Frau Guth**, Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing, bspw. gibt es beim Gasgerätewerk bereits Ansiedlungen, wo der B-Plan dringend notwendig ist, um Baurecht zu gewähren. Zur Frage, ob es größere Absichtserklärungen für Junkalor gibt, führte sie aus, von den 45.000 m² Gewerbefläche sind 19.000 m² so weit in den Verhandlungen, dass Verkäufe morgen im Haupt- und Personalausschuss und die nächsten Anfang des kommenden Jahres beschlossen werden können. Man sei in der Vorplanung so weit, dass dringend Baurecht geschaffen werden muss.

Als erfreulich schätzte **Frau Ehlert** ein, dass Mittel für Projekte Demografischer Wandel vorgesehen sind, sie würde aber doch gern wissen, was man sich hier vorgenommen und was man von diesem Projekt zu erwarten hat. Es gibt verschiedene Ansätze, die in der Verwaltung bereits diskutiert wurden, erwiderte **Frau Jahn**. Diese betreffen u. a. den Klimaschutz, die Stadtentwicklung und die Anpassung der Fernwärme auf die Bevölkerungszahl. In einem Projekt wolle man mit der DVV zusammenarbeiten.

Herr Hantusch schränkte ein, dies seien erste Überlegungen des Dezernates, welche er zunächst der OB-Dienstberatung vortragen und man innerhalb der Stadtverwaltung sehen will, in welchen Bereichen man noch eine Vorreiterrolle übernehmen kann. Diese Überlegungen müssen abgeglichen werden, um zu sehen, was ist effizient für die Stadt.

Einzelplan 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung - ab Seite 484

In diesem Einzelplan war **Frau Ehlert** die **HHSt 51020** Pflege kontaminierter Flächen und Bodenproben aufgefallen - Seite 495 -, wozu sie fragte, wo dies der Fall ist. Dies betrifft den Tiergarten, was einnahmeseitig vom Land entsprechend gefördert wird, beantwortete **Frau Wirth**.

Hierzu richtete **Herr Dr. Weber** die Bitte an den zuständigen Dezernenten, im Wirtschafts- und im Bauausschuss eine Information zu geben, wie die Überlegungen zu alternativen Verwertungsmöglichkeiten gediehen sind.

Des Weiteren fragte **Frau Ehlert**, ob die Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Bekanntmachungen - **HHSt 65300** - (S. 497) schon mit der Einstellung des Amtsblattes begründet ist. **Herr Weber** begrüßte, dass für das Tourismusmarketing mehr Publikationen vorgesehen sind. **Herr Bönecke** betonte, auf der Seite vorher - **HHSt 60000** - wurde eine Erhöhung von 10 T€ für Öffentlichkeitsarbeit eingestellt, was aber nichts mit öffentlichen Bekanntmachungen zu tun habe.

Frau Guth erläuterte, die HHSt. 65300 betrifft Anzeigen und Werbung in touristischer Fachpresse, die im Einzelfall sehr kostenintensiv sind, aber genau auf unsere Zielgruppe abgestimmt werden. Die HHSt. 60000 ist für Flyer, Filme, Studienreisen vorgesehen. **Herr Hantusch** bestätigte, dass die Trennung der HHSt. unglücklich ist, da es eigentlich alles Öffentlichkeitsarbeit betrifft, womit man für die Stadt wirbt.

Aufgrund von Kritik in der Vergangenheit, was die Qualität unserer touristischen Produkte betrifft, bat **Herr Schönemann** um eine Bewertung aus dem eigenen Bestand, welche Art von Produkten wir haben, wie sie gestaltet sind, wo die Defizite sind und wie wir aus diesen Problemen herauskommen. Die Kritik ist s. E. aufgrund des Gesamtangebotes der Stadt nicht gerechtfertigt. Er bat, dieses Thema im Wirtschaftsausschuss aufzugreifen.

Es sei in der Tat so, bestätigte **Herr Hantusch**. Man benötigt eine Bestandsaufnahme und ein Konzept, das besagt, mit welchen Mitteln und Maßnahmen wir mit wem in der Zukunft zusammenarbeiten wollen. Gespräche mit dem Bauhaus und dem Anhaltischen Theater haben schon stattgefunden, es müssen aber wesentlich mehr werden. Es würden Vorschläge unterbreitet werden, woraus aber personelle und finanzielle Ressourcen entstehen und der Stadtrat entscheiden müsse, ob es wirklich in der Konsequenz gewollt ist. **Herr Hantusch** gab auch zu bedenken, dass in Anbetracht der personellen

Einschränkungen und Kürzungen es immer schwieriger bis unmöglich wird, in dem Umfang zu arbeiten. So müsse z. B. überlegt werden, ob die Touristinformation am Wochenende geöffnet bleiben kann.

Zur Seite 499 warf **Herr Bönecke** Fragen zu angeführten Projekten auf. Diese betreffen **HHSt. 65533** - Forum turbo breakfast, **HHSt. 65531** - Projekt Regionalbudget-Immobilien-Potenzialanalyse und **HHSt. 65535** - Projekt WirtschaftWissenschaft-Wachstum. Hierzu bat er um eine inhaltliche Untersetzung. Ebenso bat er um Ausführungen zur **HHSt. 65540** - Verfügungsfonds Zerbster Straße.

Herr Hantusch führte aus, das Forum turbo breakfast laufe bereits in vielen Städten der BRD, und wir versuchen, die KMU (Klein- und Mittelständischen Unternehmen) hier zu matchen und wo man sich jeweils bei einem anderen Unternehmen trifft, gemeinsam gefrühstückt wird, das Unternehmen sich vorstellt und die Unternehmer letztendlich zusammenkommen. Es soll eine Vernetzung erfolgen. Zu bestimmten Themen werden auch Unternehmen von uns eingeladen, wie bei Unternehmensnachfolge oder andere Ansätze. Dies soll als Bestandspflegemaßnahme der örtlichen KMU über drei Jahre angeboten werden. Auf die Frage von **Dr. Weber**, ob eine Ko-Finanzierung erfolgt, entgegnete **Herr Hantusch**, dass die Stadtverwaltung nichts unternehme, wo sie mit 100 % Eigenmitteln arbeiten muss. Es erfolgt mindestens eine 80-%ige Förderung. Abschließend merkte Herr Hantusch an, solche Dinge laufen in anderen Bundesländern innerhalb von 6 bis 8 Wochen. Wir sind in Sachsen-Anhalt sehr schlecht aufgestellt, was Fördermittel angeht. Die Programme werden vom Bundesland über den Bund mit der EU verhandelt und wir müssen über das Regionalbudget gehen. Dieses wird nur einmal im Jahr gemacht, während in anderen Bundesländern die Mittel mit dem Wirtschaftsministerium direkt vergeben werden. Hier muss man fast ½ bis ¾ Jahr warten, was auch ein Standortnachteil für Sachsen-Anhalt ist.

Aus den dargestellten Gründen richtete **Herr Dr. Weber** die Bitte an das Dezernat VI, dass im Wirtschaftsausschuss einmal die Projekte des Regionalbudgets **inhaltlich vorab vorgestellt** werden und nicht erst, wenn sie beschlossen sind.

Zum Thema Vernetzung bestätigte **Herr Bönecke** an **Herrn Hantusch** gewandt, dass es Defizite gibt. Ihm sei aber auch bekannt, dass genau solche Sachen über den BVMW bereits stattfinden. Es gibt bereits dieses Unternehmerfrühstück und die regelmäßigen Besuche in den Unternehmen. **Herr Bönecke** sprach die Anregung aus, hier vielleicht anzusetzen und über den BVMW einen Multiplikator zu erreichen.

Zum **Verfügungsfonds Zerbster Straße** habe es heute eine Kick-Off-Veranstaltung bei der IHK mit allen Beteiligten gegeben, informierte **Herr Hantusch**. Wir wurden bei den Stadtteil/Ortsteilzentren nie berücksichtigt, weshalb man Herrn Daehre direkt angesprochen hatte, als er einmal hier war. Nunmehr erfolgte durch die Landesregierung die Bewilligung, so dass wir jetzt 175 T€ bekommen. Es ist eine Kofinanzierung Land und Stadt und geht über insgesamt 3 Jahre. Die Stadt Dessau-Roßlau zahlt insgesamt 60 T€ ein. Verfügungsfonds heißt, dass die Immobilienbesitzer, das Handwerk und der Handel den gleichen Anteil einzahlen, so dass wir insgesamt über den Maßnahmenkatalog investive und nicht investive Maßnahmen ergreifen können.

Zur **Potenzialanalyse** führte **Herr Hantusch** aus, wir haben eigentlich keinen Gewerbeimmobilienbericht, nicht einmal einen Mietspiegel. Deshalb wurde gesagt, dass so

etwas benötigt wird und wir haben eine Abfrage gemacht. **Frau Guth** ergänzte, dass es sich um ein laufendes Projekt handelt. Es gibt einen Maßnahmebeschluss, das Projekt wurde 2010 begonnen, die finanziellen Leistungen finden erst in 2011 statt, wenn das Ergebnis auf dem Tisch liegt.

Das Projekt **WirtschaftWissenschaftWachstum**, so **Frau Guth** weiter, wird ebenfalls über das Regionalbudget kofinanziert. Es wurde bereits im Wirtschaftsausschuss vorgestellt und soll der Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen dienen. Hier ist ein etwas intensiverer Bedarf in der Begleitung vorhanden, weshalb man sich mit den beiden Nachbarlandkreisen verständigt habe, um das gemeinsam zu tun.

Zum **Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen** ... gab es keine Anfragen.

Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - ab Seite 521

Frau Ehlert erinnerte an die Aussage bei der Einführung dieses Haushaltes, dass sich die Einnahmen auf die Mai-Schätzung der Steuereinnahmen beziehen. Sie frage daher nach, wann mit neuen Zahlen zu rechnen ist.

Frau Nußbeck merkte an, am 8. Dezember würden die Änderungslisten übergeben, worin die Mehreinnahmen aus den November-Steuerschätzungen berücksichtigt sind. Sie könne bereits jetzt sagen, dass es eine Verbesserung gibt.

Der Tagesordnungspunkt 4.1 wurde geschlossen.

4.2. Stadt Dessau-Roßlau Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2009 Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausgabenreste; Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/442/2010/II-20

Frau Ehlert merkte an, dass sie auf den Punkt 1 schon aufmerksam gemacht habe, bevor der Haushaltsplan 2010 beschlossen wurde. Sie hatte gefragt, wie hoch der Betrag eingeschätzt werde, der in diesem Jahr nicht mehr ausgegeben werden könne. Die hier genannten Summen sind entsprechend und sind finanzielle Mittel, die der Wirtschaft in 2010 verloren gehen.

Er gehe davon aus, dass die gebildeten Reste in den neuen Haushalt gehen und dort entsprechend angewandt werden, resümierte **Herr Weber**. Daraufhin stellte **Frau Nußbeck** richtig, es bleiben Haushaltszahlen 2010. Haushaltsreste gehen nicht in den Haushalt 2011 über, sondern bleiben für die Abarbeitung 2010, sie gehen der Wirtschaft nicht verloren.

Weiterhin fragte **Herr Weber**, sich auf den 2009er Haushalt beziehend, was die Hauptgründe sind, warum die Investitionsmaßnahmen nicht durchgeführt wurden. **Frau Wirth** rekapitulierte, im April 2009 wurde der Haushaltsplan beschlossen und wir waren mitten in der Erüierung der Umsetzung des Fördermittelprogramms Konjunkturpaket II. Es gab Pauschalen, die inhaltlich zu untersetzen waren, aber auch eine Fülle von Einzelanträgen, wo die Umsetzung der Maßnahmen natürlich gewartet hat, bis die Fördermittelbe-

scheide bewilligt bzw. der vorzeitige Maßnahmebeginn da war. Im Plan hatten wir eine entsprechende Prognose, um einen Spielraum für die Beantragung zu haben. Natürlich hat der kassenmäßige Vollzug, der mit den Haushaltsresten deutlich wird, aufgrund dieser Situation - wir hatten erst zum Halbjahr 2009 die konkrete Untersetzung der Maßnahmen - seinen Ausdruck in den verdoppelten Haushaltsausgaberesten. Ergänzend merkte **Frau Nußbeck** an, dass die Fördermittelprogramme bis Mai noch gar nicht ausgestaltet waren und es nicht klar war, wie was und wo etwas zu beantragen ist.

Die Nachfrage von **Herrn Weber** lautete, da jetzt eine Übertragung von 2009 auf 2010 erfolgt, ob davon ausgegangen wird, dass in 2011 der größte Teil der Übertragungen abgearbeitet wird. **Frau Wirth** erklärte, es erfolgt auch noch eine Abarbeitung von Maßnahmen des Konjunkturprogramms II kassentechnisch im Jahr 2011. Kleinere Maßnahmen werden abgeschlossen sein, bei größeren gibt es einen Überhang bis 2011.

Herr Bönecke brachte die Vorlage zunächst im Finanzausschuss zur Abstimmung und im Anschluss im Haupt- und Personalausschuss.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

Finanzausschuss: 7:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 7:0:0

**4.3. Stadt Dessau-Roßlau; Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2009
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: DR/BV/443/2010/II-20**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**4.4. Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2009
im Haushaltsvergleich
Vorlage: DR/IV/098/2010/II-20**

Herr Weber brachte die Bitte zum Ausdruck, zukünftig in kleinen Stichpunkten zu vermerken, was der Hauptgrund für die Veränderungen ist.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**4.5. Kalkulation zur Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der
Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/462/2010/V-40**

Herr Bönecke teilte das Abstimmungsergebnis aus dem Kulturausschuss mit (9:0:0) und brachte sodann die Vorlage zunächst im Finanzausschuss und im Anschluss im Haupt- und Personalausschuss zur Abstimmung.

Die Kalkulation zur Änderung der Kostensatzung wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnisse:

Finanzausschuss: 7:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 7:0:0

4.6. Änderung der Kostensatzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/463/2010/V-40

Herr Bönecke brachte die Vorlage zunächst im Finanzausschuss zur Abstimmung und im Anschluss im Haupt- und Personalausschuss.

Die Änderung der Kostensatzung wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnisse:

Finanzausschuss: 7:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 7:0:0

Herr Bönecke stellte Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

6. Schließung der Sitzung

Die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Haupt- und Personalausschusses wurde durch Herrn Bönecke geschlossen.

Dessau-Roßlau, 21.01.11

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer
Schriftführerin